

Exakter und überzeugender als die amerikanischen Politiker, die sich im Sommer 1997 anschickten, sich in einem oberflächlichen – und darum wertlosen – Gesetz bei den Nachkommen der Sklaven für die Sklaverei zu entschuldigen, haben die Bischöfe schon 1979 die Transformation des „alten häßlichen Rassismus“ in den „neuen häßlichen Rassismus“, der in den Erfolgsberichten der Wirtschaft nicht mehr als solcher wahrnehmbar ist, in seinem Wesen erfaßt: „Oftmals besteht das neue Gesicht des Rassismus in dem Ausdruck eines Computers, in dem Schaubild von Profiten und Verlusten.“

Die Kirchen der USA sind sich mit allen anderen Kritikern des Rassismus, in dessen Kontext rassistische und soziale Diskriminierung ineinander übergehen, einig, wenn es um die Erklärung der Fakten und der Wirkmechanismen des „neuen häßlichen Rassismus“ geht. Aber keiner der erklärungskompetenten Fachleute kann die entscheidende Frage beantworten, auf welchem Weg die soziale Revolution herbeizuführen sei, die den alten und neuen Rassismus überwinden helfen wird.

Seit zwei Jahren scheint es eine extrovertierte Dimension von „rassistisch“ rückgekoppeltem amerikanischem Politikverhalten zu geben, das in einer eskalierenden antischweizerischen Diskussion über Nazigold und nachrichtenlose Konten erkennbar wird. Die sich häufenden Versuche, die Schweiz mit juristisch problematischen Sammelklagen zu überziehen und auf eine Anklagebank in Brooklyn zu zeren, erinnern aus der Ferne an die Eruptionen eines fanatischen Zelotismus, der vor hundert Jahren im Süden der

USA brutale Lynchorgien auslöste. Maßlose und möglicherweise unbegründete Klagevorhaben, pauschale Drohungen, das „power play“ einzelner Politiker und Anwälte sowie medienwirksam eingenommene imperiale Gesten – wie sie etwa Senator *Alfonse D'Amato* im Interesse seiner Wiederwahl im kommenden November vor den Augen der jüdischen Wählerschaft im Staat New York einsetzt – legen die Vermutung nahe, daß es sich bei dem allen strukturell um Facetten eines irrationalen Rassismus handeln könnte, wie er im letzten Jahrhundert die Periode der Lynchjustiz auslöste, die aus dem konservativen weißen Bewußtsein der USA längst verdrängt ist.

Die Schweiz war seit der amerikanischen Unabhängigkeit im 18. Jahrhundert einer der treuesten politischen Partner der Vereinigten Staaten. Wird dieses alte Vertrauensverhältnis durch die Agitation interessierter Personen und Gruppen nunmehr beendet werden? Sollte es dahin kommen, würde sich ein weiteres Problem für die USA ergeben.

Die außenpolitische Handlungsfähigkeit der USA ist nämlich dann in Frage gestellt, wenn aus dem Raum der politischen Vernunft kein Versuch unternommen wird, die selbsternannten Anstifter zur „Lynchjustiz“ gegenüber der Schweiz an ihrem Vorhaben zu hindern. Die Rolle der Schweiz in der Zeit des Holocaust kann nicht mehr sachlich und fair aufgearbeitet werden, wenn nicht der demokratische Mikrokosmos Schweiz den überzogenen Angriffen derer, die in USA die öffentliche Bühne besetzt halten, entzogen wird.

Hermann Vogt

Enttäuschende Bilanz

Die UN-Blauhelme lassen ein Haiti ohne Illusionen zurück

Drei Jahre nach dem hoffnungsvollen Beginn der UN-Mission zum Wiederaufbau der Demokratie in Haiti haben die Blauhelme den karibischen Inselstaat jetzt verlassen. Zurück bleibt ein Land mit einer frei gewählten Regierung, aber ohne ein funktionierendes Staatswesen – und ohne jede Illusion. Den Rückweg Haitis in den Alltag der Armut beschreibt Christian Schneider, Redakteur bei Adveniat.

„Die Stunde der Komödianten“, wie der amerikanische Autor *Graham Green* seinen Haitiroman betitelte, ist vorbei. Nach drei Jahren wurde das mit internationaler Beteiligung aufgeführte Stück „Restore democracy“ nach mehrfachen Verlängerungen im Dezember 1997 aus dem Programm genommen. Der große Abgang zum Ende des Dramas blieb aus: Ein Glas Sekt der UN-Kommandeure mit Präsident *René Prével*, dann verließen die verbliebenen 1300 Akteure

der internationalen Friedenstruppen die Bühne. Knapp dreihundert internationale Beobachter durchstreifen jetzt noch einige Monate lang die Ränge, bevor das haitianische Staatsensemble mit seinem Sieben-Millionen-Heer bitterarmer Statisten wieder sich selbst überlassen ist.

Das Publikum in aller Welt, das seit 1991 zunächst schauernd die Greuelthaten der Putschisten, dann fiebernd die Rückkehr des Präsidenten *Jean-Bertrand Aristide* verfolgt

hatte, schaut längst nicht mehr nach Haiti. Zu ermüdend waren die immer gleichen Szenen der Armut auf den Straßen der Metropole Port-au-Prince. Die Hauptdarsteller im Präsidentenpalast boten zuletzt keinerlei Aktion mehr und langweilten sich und ihre Zuschauer mit Streitereien. Für die haitianische Bevölkerung wird wieder das Standardstück gegeben: Straßentheater, eine Tragödie in unzähligen Akten, am Ende für viele die persönliche Katastrophe.

Haiti bleibt das ärmste Land der westlichen Hemisphäre

Es hatte so ausgesehen, als würde die staubig gewordene „Perle der Antillen“, wie die Haitianer ihren Teil der von den Spaniern „Hispaniola“ getauften Insel nennen, wieder zu glänzen beginnen. „Haiti steht am Anfang einer neuen, hoffnungsvollen Zeit“, verkündete US-Präsident *Bill Clinton* während seines Besuches in der haitianischen Hauptstadt Port-au-Prince im März 1995.

Doch selbst die bescheidener klingende Ankündigung des charismatischen Präsidenten Aristide, die Haitianer „von einem unmenschlichen Elend in eine Armut in Würde zu führen“, blieb für die meisten Menschen auf der geschundenen Insel ein unerfüllter Slogan. Sowohl für das haitianische Volk als auch für die internationalen Beobachter fällt die Bilanz nach dem Ende des UNO-Mandats enttäuschend aus. Es scheint, als würden Armut und Chaos die vorübergehenden Erscheinungen der haitianischen Geschichte überdauern und das Land ungeachtet des Engagements aus aller Welt wieder in die Tradition eines lateinamerikanischen Armenhauses versinken.

Dreieinhalb Jahre nach der triumphalen Rückkehr Aristides firmiert Haiti nach wie vor als ärmstes Land der westlichen Hemisphäre in den Statistiken, und die Eckdaten der haitianischen Armut sind desillusionierend. Für die meisten der rund sieben Millionen Haitianer ist die alltägliche Misere größer als zu Beginn der UN-Mission. 80 Prozent der Menschen leben in Armut, fast ebenso viele Haitianer können nicht lesen und schreiben. 12 von 100 haitianischen Säuglingen sterben im ersten Lebensjahr. Die Armen haben keine Chance auf medizinische Hilfe: Außerhalb von Port-au-Prince sind ein Arzt und eine Krankenschwester für mehr als 40 000 Menschen da. Das Volk hängt am Tropf internationaler Hilfeleistungen: Etwa eine Million Haitianer sind auf Lebensmittelrationen aus dem Ausland angewiesen. Fast fünfzig Prozent der Menschen auf dieser Insel, die nur eine Flugstunde von Miami entfernt liegt, gelten als unterernährt.

Es gibt kaum Aussicht auf Besserung: Die Wirtschaft ist gelähmt, neue Jobs gibt es nicht, und bei ständig steigenden Kosten für das Leben müssen die Haitianer mit einem auf 250 US-Dollar gesunkenen Pro-Kopf-Einkommen haushalten – im Jahr. Vielen bleibt keine andere Wahl, als „haiti chérie“, ihr „geliebtes Haiti“, zu verlassen. Im Dezember wurde erstmals nach langer Zeit wieder vor der Küste von

Miami ein Schiff mit über 400 haitianischen „boat people“ aufgegriffen.

Das jüngste Kapitel der bewegten, von zahlreichen Staatsstreichen erschütterten Geschichte Haitis hatte vielversprechend begonnen. „Ansanm nou se lavalas – zusammen sind wir eine Flutwelle“ – unter dieser Parole in der kreolischen Sprache des Volkes hatte der rhetorisch begabte ehemalige Salesianerpriester Aristide die in den letzten Jahren des Duvalier-Regimes aufkeimenden Volksorganisationen Haitis gegen die Diktatoren versammelt.

Die Flutwelle brach bei den unter internationaler Aufsicht durchgeführten Präsidentschaftswahlen im Dezember 1990 los. Aristide, von seinen Anhängern liebevoll „Titid“ genannt, setzte sich mit rund siebzig Prozent der Stimmen durch. Doch die Welle des armen Volkes wurde schon wenige Monate später von einer Militärjunta um den General *Raoul Cédras* brutal niedergeschlagen. Ehemalige „Tontons macoutes“, Totschläger des Duvalier-Clans, mordeten gegen den Widerstand der Volksorganisationen an. Auch viele Priester und Laien der *Ti Legliz* (Kleine Kirche) genannten Basisgemeinden kamen durch Anschläge ums Leben, die auf das Konto der Bewegung FRAPH (Front pour l'Avancement et le Progrès Haitiien) gingen, ein Bündnis von Gefolgsleuten der Militärs und Neo-Duvalieristen.

Die US-Regierung handelte zunächst zögerlich, nicht zuletzt, weil konservative Kreise und Geheimdienste den temperamentvollen Aristide mit Gerüchten über seinen Geisteszustand zu demontieren suchten. Das von den USA gemeinsam mit der Völkergemeinschaft verhängte Embargo gegen die haitianischen Militärs blieb löchrig und schadete vor allem der ohnehin ausgepreßten Zivilbevölkerung.

Erst 1994 kam für Aristide, der aus dem amerikanischen Exil vehement seine Rückkehr betrieben hatte, der Tag des Triumphs. Ob sein Drängen oder der stetig anschwellende Strom der „Boat people“ vor der Küste Floridas letztlich der Auslöser war – mit Billigung der Vereinten Nationen für eine multinationale Intervention setzten die USA im September 1994 über 22 000 Soldaten in Marsch und bereiteten dem Cédras-Regime ein unblutiges Ende.

Als Idol und Retter von den begeisterten Massen begrüßt, nahm Aristide für die ihm verbleibende Amtszeit von sechzehn Monaten wieder auf dem Präsidentensessel Platz. Doch jetzt mußte sich der frühere Befreiungstheologe, der Intellektuelle wie arme Bauern gleichermaßen zu elektrisieren vermag, als Realpolitiker bewähren. Dies war angesichts der haitianischen Realität und der Kürze seiner Amtszeit eine schier unlösbare Aufgabe.

Die Wirtschaft lag nach den Jahren der Militärdiktatur und dem damit verbundenen Embargo am Boden. Die Landwirtschaft hatte ihre Produktivität nicht zuletzt durch den beständigen Terror gegen die in den Dörfern vermuteten Aristide-Anhänger eingebüßt. Das Bruttosozialprodukt war im zurückliegenden Jahrzehnt immer weiter geschrumpft. Ein Szenario des Bankrotts und der allgemeinen Lähmung, dem

die Mannschaft von Aristide zwar mit einem ehrgeizigen Programm gegenübertrat, das sie jedoch mit einer desolaten staatlichen Infrastruktur bewältigen mußte.

Doch die landesweite Euphorie sowie die große internationale Bereitschaft, Haiti endgültig aus seiner dunklen Vergangenheit ans Licht zu ziehen, waren das Pfund, mit dem Aristide arbeiten konnte. Der heimgekehrte Präsident brachte seinem Volk zunächst vor allem den Frieden zurück und eine zuvor kaum gekannte politische Stabilität. Anders als bei seinem Amtsantritt 1991, als man ihm nachsagte, zur Lynchjustiz an den Totschlägern des früheren Regimes ermutigt zu haben, rief er jetzt zum Gewaltverzicht auf und suchte das Gespräch mit der verhaßten Oberschicht.

Das auf dem Kurs des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank liegende Wirtschaftsprogramm und die Nominierung des Geschäftsmannes *Smarck Michel* zum Regierungschef belegten in dieser Phase den Willen Aristides, die traditionell von tiefen Rissen durchzogene haitianische Gesellschaft in einem „Fest der Versöhnung“ zu einen. Vor allem dankten es ihm die Haitianer, daß endlich die Armee, wichtigste Stütze des Terrorregimes, zerschlagen wurde. Die Armen in den Slums von Cité Soleil konnten wieder ohne Angst vor nächtlichen Todesschwadronen schlafen. Mit amerikanischem Geld und Ausbildern aus den USA, Kanada und Frankreich wurde eine heute sechstausend Mitglieder zählende Polizei aufgebaut.

Doch das Ende des Alptraumes Diktatur machte die Haitianer noch immer nicht satt und den Alltag auf den Straßen von Port-au-Prince nur wenig erträglicher. Zweifel am Prinzip Hoffnung der *Lavalas*-Regierung und bald auch an der Person ihres Präsidenten kamen auf. Aristide verspielte seinen Kredit insbesondere bei der armen Mehrheit seiner Wähler, als sie zwischen den geschliffenen Reden und seiner eigenen Lebensrealität immer deutlicher eine Kluft entdeckten.

Nach einem halben Jahr US-amerikanischer Präsenz kamen im April 1995 Präsident *Bill Clinton* und der damalige UNO-Generalsekretär *Boutros-Ghali* in Port-au-Prince zusammen, um die von Washington aus geführte Mission in einen Blauhelmeinsatz unter Federführung der Vereinten Nationen umzuwandeln. Die Bilanz zu diesem Zeitpunkt fiel noch vielversprechend aus: Die Ausbrüche der Gewalt waren weitgehend eingedämmt. Unter Mithilfe der amerikanischen Soldaten waren die ersten Abschnitte neuer Straßen entstanden, die symbolträchtig das Land durchzogen.

Doch binnen eines Jahres zeigte sich, daß das „Modell Haiti“ vor der Realität des Karibikstaates nicht bestehen konnte. Zwar versuchte die Regierung in Zusammenarbeit mit der Weltbank und anderen Gebern, dem Land mit einer umfassenden Doppelstrategie wieder auf die Beine zu helfen. Beschäftigungs- und Sozialprogramme sollten die noch instabile Demokratie vor sozialen Eruptionen schützen und dem Volk Substanz für den Neubeginn gewähren. Parallel dazu, so hatte es Regierungschef Michel mit dem Internationalen Währungsfonds ausgehandelt, wollte man die unerläß-

lichen Strukturreformen wie eine Modernisierung und Straffung des Staatswesens, die Privatisierung von Staatsbetrieben und Steuerreformen anschieben, in Haiti wie in ganz Lateinamerika die *conditio sine qua non* für milliardenschwere Kredite.

Aristide, inzwischen mehr mit seiner Wiederwahl im Jahr 2000 als mit der täglichen Regierungsarbeit beschäftigt – die haitianische Verfassung sieht die Möglichkeit einer direkten Wiederwahl nicht vor –, kippte das Programm kurz vor dem Ende seiner Amtszeit, was seinen Premier Michel zum Rücktritt trieb und die Geldgeber dazu bewegte, mehrere hundert Millionen Dollar bereits bewilligter Hilfe einzufrieren. Widerwillig verabschiedete sich die Galionsfigur der *Lavalas*-Bewegung im Februar 1996, um die Macht an seinen Gefolgsmann René Préval zu übergeben.

Vordergründig war der erste friedliche Wechsel von einem demokratisch gewählten Präsidenten zum nächsten in der gesamten haitianischen Geschichte ein großer Erfolg für die UNO-Friedensmission. Doch schon die äußerst niedrige Wahlbeteiligung von unter 30 Prozent – bei der Wahl Aristides gingen noch 80 Prozent an die Urnen – ließ erkennen, daß die Begeisterung der Haitianer für den Nachhilfeunterricht in Sachen Demokratie nachgelassen hatte.

Die Lavalas-Bewegung im Bruderstreit

Der neue Präsident Préval zeichnete zum Beginn seiner Amtszeit ein dramatisches, weil realistisches Bild der Lage. Er sah richtig die nationale Sicherheit durch den allgemeinen Kollaps der Wirtschaft und die weitere Verarmung gefährdet. Nur drohte sich auch Préval mit seinem Streben nach politischem Konsens in den Fallstricken zwischen dem notwendigen Diktat der Strukturreformen und drohender Unzufriedenheit des Volkes zu verheddern. An all diesen Stricken zog in den zwei Jahren der Amtszeit Prévals vor allem sein Vorgänger Aristide. Immer wieder nutzte der Expräsident seinen nach wie vor enormen politischen Einfluß und die schwindende Geduld der Bevölkerung, um die Politik seines früheren Anhängers zu blockieren.

Während das nach mehrfachen Verlängerungen und Truppenreduzierungen endgültig auf den Dezember 1997 festgesetzte Ende des UNO-Mandates näherrückte, driftete das Land immer weiter in eine politische Krise ab. Sie kristallisierte sich in der Person des im März 1996 zum Premierminister ernannten *Rosny Smarth*, der sich energisch für den Abbau des wuchernden Staatsapparates, für Privatisierungen und eine Revision von Steuer- und Zollsystem starkgemacht hatte. Aristide, inzwischen mit einer Juristin aus einer Oberschicht-Familie verheiratet, torpedierte diese „verräterische Politik“, deren Details während seiner eigenen Amtszeit vereinbart worden waren, mit Demonstrationen.

Längst ist die große *Lavalas*-Flutwelle auseinandergelaufen. Und niemand in Haiti zweifelt daran, daß Aristide in zwei Jahren erneut als Retter der Nation wieder in den Präsiden-

tenpalast zurückkehren möchte. Aus dem zunächst versteckten Spiel um die Macht ist spätestens im vergangenen Jahr offene Rivalität geworden. Bei den Senats- und Kommunalwahlen im April, die nur noch von weniger als fünf Prozent der Haitianer wahrgenommen wurden, trat die zum Jahreswechsel von Aristide neugegründete Vereinigung *Lafanmi Lavalas*, die „Familie Lavalas“, an. Jetzt wurde die Spaltung auch auf dem Wahlzettel sichtbar. Vertreter mehrerer Parteien hatten eine nationale Versammlung zur Lösung der Probleme gefordert und boykottierten den Urnengang.

In- und ausländische Beobachter registrierten im Verlauf der dennoch durchgeführten Wahl Unregelmäßigkeiten, für die die Wahlbehörden verantwortlich gemacht wurden. Doch während Aristides neue „Familie“ als Gewinnerin aus diesen manipulierten Wahlen hervorging, weigerte sich die regierende *Organisation Politique Lavalas* (OPL), das Ergebnis anzuerkennen. Eine neue Runde der Senatswahlen, zunächst für den Juni vorgesehen, dann auf unbestimmte Zeit verschoben, wurde von der OPL und den anderen im Parlament vertretenen Gruppen gegen den wütenden Protest der Lavalas-Familie blockiert.

In der Folgezeit verschärfte sich der Ton im Bruderstreit der alten Lavalas-Protagonisten weiter. Während die OPL Aristide und sein Gefolge für die Paralyse der Regierungspolitik verantwortlich macht, geißeln die Mitglieder der „Familie“ die OPL als Instrument ausländischer Wirtschaftsinteressen. Auch wenn nicht nur haitianische Beobachter argwöhnen, daß die Präsenz der USA nicht nur humanitären Zwecken dienen könne, so mutet es doch seltsam an, daß ausgerechnet Aristide jetzt sogar gegen jene Friedenstruppe wettete, die ihm zwei Jahre zuvor die Rückkehr ermöglicht hatte.

Die neue Strategie des Expräsidenten deutet einen Rückfall in den populistischen Stil des „aristidisme“ an, den er im Gegenzug für das Engagement der Völkergemeinschaft im US-amerikanischen Exil abgelegt hatte. Mit großer Rhetorik, aber ohne Programm setzt er dazu an, seine Lavalas-Familie zu einer Massenbewegung zu formen. Er wendet sich von neuem an sein Stammpublikum in den elenden *bidonvilles* von Port-au-Prince und in den armen Landgemeinden. Die Strategie der Lavalas-Familie lebt vom ungebrochen wirksamen Charisma der Führungsfigur Aristide und einem Initiativprogramm, das mit Hilfen für Straßenkinder kurzfristig begeistern kann, als landesweite Strukturpolitik jedoch ohne Wert ist.

Doch auch Präsident Préval mußte bald anerkennen, daß nicht allein die Intrigen seines Vorgängers und potentiellen Nachfolgers für die von ihm diagnostizierte „deutliche Unzufriedenheit im Lande“ verantwortlich zu machen sind. Seine anfangs motivierte, angesichts der erdrückenden Aufgaben jedoch überforderte Regierung verfiel spätestens nach dem Rücktritt von Premierminister Smarth im Juni 1997 in eine politische Starre.

Smarth, der sich für die Erneuerung der Wahlbehörden, vor allem jedoch für die überfällige Umsetzung der geplanten Strukturreformen inklusive der Privatisierung von neun

Staatsbetrieben stark machte, verließ angesichts der Blockaden durch die Parlamentsmehrheit frustriert seinen Posten. Wesentliche Kernstücke der mit den internationalen Gebern abgestimmten Reform waren bis zum Sommer nicht behandelt. Das Parlament entsprach mit seiner Blockadepolitik der Einschätzung weiter Teile der Bevölkerung, die Regierung habe sich vom Volk entfernt und sich ganz dem neoliberalen Einfluß der „blans“, wie Ausländer in Haiti unabhängig von ihrer Hautfarbe genannt werden, ergeben.

Das Land bleibt ohne Hilfe von außen lebensunfähig

Seither treibt das *Lavalas*-Schiff führerlos auf eine neue Katastrophe zu. Die von Préval zögerlich präsentierten Kandidaten für die Smarth-Nachfolge fanden im Parlament keine Zustimmung. Das Wirtschaftsprogramm, die umstrittenen Senatswahlen und die Nachfolge des Premiers bieten dem Kopfschütteln der Beobachter zum Trotz Stoff für lange Diskussionen. Bis heute blieben der Posten des Regierungschefs unbesetzt und das haitianische Staatswesen handlungsunfähig. Als Reaktion auf das politische Chaos wurden Finanzhilfen eingefroren, deren Höhe zwischen mehreren hundert Millionen und zwei Milliarden Dollar beziffert wird.

Als das Ende ihres dreijährigen Haiti-Auftrages im vergangenen November näherrückte, mußten die Befehlshaber der UNO-Friedensmission erkennen, daß sie zwar vordergründig ihren Auftrag „Wiederaufbau der Demokratie“ erfüllt hatten. Doch sobald sie sich anschickten kehrtzumachen, begann das mit ihrer Hilfe zusammengeflückte Gebilde zu wackeln und in das Chaos eines trostlosen Alltags zu stürzen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, *Kofi Annan*, sprach unverblümt von „entmutigenden politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen“.

Eine niederschmetternde Diagnose, die von den alarmierenden Symptomen auf Haitis Straßen untermauert wird. Nach wie vor ist das Land ohne Hilfe von außen wirtschaftlich nicht lebensfähig. Außer einigen temporären Arbeitsplätzen und der Ansiedlung einiger Niedriglohnbetriebe konnten kaum neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das erneut einsetzende politische Chaos schreckte Investoren von einem Engagement ab.

Befürworter einer Rückbesinnung auf die nationale Wirtschaft und ihr wichtigstes Standbein, die Landwirtschaft, kritisieren die den einheimischen Markt zerstörende Einfuhr preisbrechender Nahrungsmittel. Doch gerade die Öffnung des Marktes für ausländische Produkte und die Senkung der Zölle sind Bestandteile des wirtschaftlichen Anpassungsprogramms, an dessen Erfüllung die internationalen Geldgeber ihre Kredite gebunden haben.

Mit Sorge wurde im Dezember der von einigen so laut herbeigerufene Abzug der UNO-Truppen beobachtet. Denn die innere Sicherheit ist auch nach dreijährigem Intensivtraining durch die Zivilmission der Vereinten Nationen nicht ze-

mentiert. Der neu gebildeten Nationalpolizei traut niemand zu, im Einsatz gegen gut organisierte Banden wirklich Stabilität garantieren zu können. Zumal sich kritische Stimmen mehrten, die neue „kleine Polizei“ *Ti poliz* nähere sich den üblen Praktiken ihrer Vorgängerin an.

Die Kirche bleibt gespalten

Die Situation hat sich so zugespitzt, daß sich die *haitianischen Bischöfe* im vergangenen Herbst zu Wort meldeten. Sie appellierten an die Christen Haitis, zu Gott zu beten und für einen Wiederaufbau zu bitten. Ihre Feststellung, daß die Regierung nicht imstande sei, die Verhältnisse zu ändern, deutet an, daß die Bischöfe ihr langes Stillschweigen zu inenpolitischen Zusammenhängen inzwischen brechen.

An der *tiefen Spaltung der haitianischen Kirche* hat sich indes bis dato nichts geändert. Der Graben war vor allem dadurch entstanden, daß die Bischöfe mit Ausnahme des Oberhirten der südlichen Diözese Jérémie, *Willy Romélus*, offen oder verdeckt das politische Engagement des Priesters Aristide und zudem dessen radikal befreiungstheologische Linie ablehnten. Während sie zur Situation im Lande schwiegen, riskierten und verloren viele Vertreter der kirchlichen Basis *Ti Legliz* – Katecheten, Ordensleute und Pfarrer – im Widerstand gegen Diktatur und Militärregime ihr Leben.

Doch ungeachtet dieser offenbar noch immer nicht ganz zu überbrückenden Kluft genießt die Kirche bei der armen Bevölkerung ein hohes Ansehen als eine der wenigen wirklich verlässlichen Institutionen im Land. Dazu tragen ganz wesentlich die europäischen und nordamerikanischen Orden sowie eine wachsende Zahl einheimischer Gemeinschaften bei. Mit Programmen zur Alphabetisierung, mit bäuerlichen Genossenschaften, Armenküchen und den für die Evangelisierung wie für den Unterricht genutzten *Kapellenschulen* sowie Initiativen zur Verbesserung der Gesundheitssituation setzen sie Akzente für einen Neuaufbruch. Mit ihrem Einsatz auch in den entlegenen Regionen tragen sie dazu bei, den noch nicht nach Port-au-Prince abgewanderten Landbewohnern in ihrer Heimat eine Perspektive zu geben. Angesichts der immensen Analphabetenrate und des katastrophalen Bildungswesens im Land besitzen die von der Kirche ausgebildeten Laien ein enormes Potential für die Entwicklung ihrer Gemeinschaften.

Die Haitianer brauchen viel Kraft, um den nächsten Akt ihrer Tragödie zu überstehen. Auf der politischen Bühne ist neben Jean-Bertrand Aristide derzeit niemand in Sicht. Und vielleicht ist der Volksheld der 90er Jahre der einzige, der diesem Land trotz seines angekratzten Images die anstrenghende Kur der Reformen zumuten kann, der in den Ministerien aufräumt und die Akteure auf Haiti um sich sammeln kann – wenn er will.

Christian Schneider

Kurzinformationen

Katholische Kirche und ÖRK-Reform

Vor kurzem veröffentlichte der Päpstliche Rat für die Förderung der Einheit der Christen seine Stellungnahme vom April 1997 zum Konsultationsprozeß des *Ökumenischen Rates der Kirchen*, bei dem es um ein neues Selbstverständnis und eine neue Vision für den ÖRK geht (Informationsdienst des Einheitsrates, Nr. 95, S. 118–124). In ihrem allgemeinen Teil handelt die Stellungnahme von der in der *Taufe* begründeten, „authentischen und wirklichen, wenn auch unvollkommenen Gemeinschaft“ zwischen der katholischen Kirche und den anderen christlichen Kirchen und kirchlichen Gemeinschaften, von der ökumenischen Bewegung in ihren drei nicht voneinander zu tren-

nenden Dimensionen (Wiederentdeckung der schon bestehenden Gemeinschaft, Bemühungen um Überwindung der noch bestehenden Hindernisse durch ständige Erneuerung der Kirchen, gemeinsames Zeugnis), von der Notwendigkeit einer gemeinsamen ökumenischen Vision der Kirchen und von der gemeinsamen Herausforderung zu Solidarität und Bekehrung. Der Einheitsrat bezeichnet die „Basis“ des ÖRK als „Quelle oder Terrain der Gemeinsamkeit“ mit der katholischen Kirche; diese Basisformel sei heute aber im Licht der wachsenden Verständigung über theologische Fragen in der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung und den bilateralen Dialogen zwischen den Kirchen zu sehen. Die katholische Stellungnahme fragt kritisch an, welchen Stellenwert die Aussagen zum neuen Selbstverständnis und zur

neuen Vision des ÖRK nach der Jubiläumsvollversammlung von Harare (Simbabwe) im Dezember 1998 für die Mitgliedskirchen haben werden: „Wie können die Inhalte der Periode nach Harare wirklich normativ werden?“ Sowohl die ÖRK-Mitgliedskirchen wie die katholische Kirche müßten sich um Möglichkeiten kümmern, wie man den „Prozeß ökumenischer Rezeption“ erleichtern könne.

Plädoyer für eine neue Berufungspastoral

Mit dem Ende Januar veröffentlichten Schlußdokument des im Mai 1997 in Rom abgehaltenen Europäischen Kongresses über Berufungen zum Priestertum und Ordensleben in Europa wird ein entschiedenes Plädoyer für eine „ra-